



Presseinformation

Umfrage zur Wahlfreiheit beim Bezahlen

Bundesweit geteiltes Echo auf Berliner Initiative: Uneinigkeit über verpflichtende digitale Bezahloption

Berlin, 17. April 2026: Die Berliner Landesregierung aus CDU und SPD will auf ihrer bevorstehenden Klausurtagung eine Bundesratsinitiative beschließen, die für mehr Wahlfreiheit beim Bezahlen sorgen soll. Geplant ist, dass Händler:innen in Berlin künftig verpflichtet werden, neben Bargeld mindestens eine digitale Zahlungsoption anzubieten. Ziel ist dabei auch, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, die in ihrem Koalitionsvertrag bereits eine „echte Wahlfreiheit im Zahlungsverkehr“ festgeschrieben hat.

Eine aktuelle Umfrage von infas quo im Auftrag der Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. zeigt: Die Bevölkerung ist bei diesem Thema gespalten. Während 43 Prozent eine solche Regelung befürworten, lehnen sie 39 Prozent ab. Knapp jede:r Fünfte (18 Prozent) ist unentschieden.

Mehr Zustimmung in Großstädten

Auffällig ist besonders das Gefälle zwischen Stadt und Land: In Städten mit über 500.000 Einwohner:innen spricht sich mehr als jede:r Zweite (52 Prozent) für eine verpflichtende Akzeptanz digitaler Bezahlmethoden aus. Die Berliner:innen stehen in dieser Frage nicht hervor – 51 Prozent befürworten eine Pflicht. In Gemeinden mit unter 10.000 Einwohner:innen sind es nur 37 Prozent. Woher diese Unterschiede kommen könnten, zeigt ein Blick auf die Alltagserfahrungen. Mehr als die Hälfte der Befragten (55 Prozent) ist in den letzten drei Monaten zumindest gelegentlich auf den Hinweis „Cash only“ gestoßen. Auch bei dieser Frage variieren die Ergebnisse je nach Wohnortgröße: In Großstädten (ab 100.000 Einwohner:innen) haben rund 61 Prozent zumindest gelegentlich die Erfahrung gemacht, dass nur Bargeld akzeptiert wird. In Gemeinden mit unter 10.000 Einwohner:innen sind es lediglich 49 Prozent. Die Ergebnisse verdeutlichen: Die geplante Initiative des Berliner Senats spricht ein Thema an, das vor allem in urbanen Zentren relevant ist.

Hindernisse aus Verbraucher:innenperspektive

Die Studie untersuchte zudem, welche Gründe aus Sicht der Befragten Händler:innen dazu veranlassen könnten, ausschließlich Barzahlung anzubieten. Drei Viertel (76 Prozent) vermuten, dass Betreiber:innen auf „Cash only“ setzen, um Gebühren für digitale Zahlungen zu umgehen. 53 Prozent sehen den technischen Aufwand als möglichen Beweggrund. Deutlich seltener werden eine fehlende oder mangelhafte Internetverbindung (30 Prozent), die Annahme, dass Bargeldzahlungen schneller ablaufen (29 Prozent) sowie Steuerhinterziehung (26 Prozent) genannt.

Grundlage für Wahlfreiheit vorhanden

Sechs von zehn Befragten (60 Prozent) wünschen sich, dass es künftig verstärkt europäische oder deutsche Bezahlssysteme als Konkurrenz zu amerikanischen Anbietern gibt. Dazu zählt beispielsweise Wero, ein europäisches Bezahlssystem für Konto-zu-Konto-Echtzeitzahlungen. Dass sich digitale Zahlungsverfahren längst als fester Teil des Alltags etabliert haben, zeigt ein Blick in die Portemonnaies: Fast alle Befragten (98 Prozent) gaben an, mindestens eine Bezahlkarte zu besitzen. Darunter ist mit 72 Prozent die girocard – die Debitkarte der deutschen Banken und Sparkassen – die mit Abstand am weitesten verbreitete Karte.



Zur Studie

Das Meinungsforschungsinstitut infas quo befragte im Auftrag der Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. im Zeitraum vom 10. bis 13. April 2026 insgesamt 1.130 Personen online. Die Ergebnisse sind hinsichtlich Alter, Geschlecht und Bundesland repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren.

Zur Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V.

Die Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. mit Sitz in Berlin versteht sich als Netzwerk für Unternehmen und Institutionen, die die bargeldlosen Bezahlverfahren der Deutschen Kreditwirtschaft akzeptieren oder die notwendige Infrastruktur bereitstellen. Dazu gehört unter anderem auch die girocard als meist genutzte Debitkarte Deutschlands. Als Verein bündelt die Initiative Interessen von rund 80 Mitgliedern und vertritt sie gegenüber Politik und Medien. Seit knapp 20 Jahren beschäftigt sich die Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. mit dem Bezahlen in Deutschland.

Zu den Bezahlverfahren

Die girocard, als meist genutzte Debitkarte Deutschlands, steckt nahezu in jedem deutschen Geldbeutel. Die Marke „girocard“ steht für den übergeordneten Rahmen der deutschen Kreditwirtschaft: das girocard-Verfahren als Debitkarten-Zahlverfahren und das „Deutsches Geldautomaten-System“. Der Name und das Logo girocard wurden 2007 von der Deutschen Kreditwirtschaft eingeführt.

Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V.

Pierre Du Bois

Tel.: +49 30 509313 305

pierre.dubois@initiative-dz.de

www.initiative-dz.de

Publik. Agentur für Kommunikation GmbH

Barbara König

Tel.: +49 621 9636 00 20

b.koenig@agentur-publik.de

www.agentur-publik.de